



Auf der Suche nach »Hope« und »Strategy«

Gewerkschaftspolitische Konferenz in New York sucht

Antworten auf Autoritarismus – Bericht von Andre Schmidt*

In: *express* 6/2025

Anfang Mai lud die City University of New York (CUNY) zu einer zweitägigen Konferenz über Gewerkschaftspolitik in autoritären Zeiten. In Midtown Manhattan, unweit des Trump Towers, versammelten sich 150 Vertreter:innen der Reformflügel und Bildungsabteilungen vieler US-Gewerkschaften sowie kritische Wissenschaftler:innen aus verschiedenen Ländern, zusätzlich nahmen 100 Menschen online teil. Unter dem Titel »Labor and the Crisis of Democracy: Working-Class Politics in an Age of Authoritarianism« wollte man ausloten, wie der Kampf für Demokratie und Arbeiter:innenrechte angesichts des grassierenden Autoritarismus (insbesondere) der Trump-Regierung aussehen kann.

Wie ernst die Lage im ältesten liberaldemokratischen Verfassungsstaat ist und wie viel Angst die aktuelle US-Regierung verbreitet, zeigte sich gleich zu Beginn der Veranstaltung. Drei in den USA lebende, internationale Wissenschaftler:innen hatten ihre Teilnahme kurzfristig abgesagt – aus Sorge, politisch aufzufallen und ihre Aufenthaltserlaubnis zu gefährden. Weitere Vortragende hatten darum gebeten, weder in öffentlichen Ankündigungen noch in Video-Mitschnitten zu erscheinen.

Testlauf für den Staatsumbau

Ein bestimmendes Thema der Konferenz waren die Angriffe der Republikaner auf den öffentlichen Sektor. Becky Pringle, die Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft »National Education Association« (NEA),¹ berichtete in ihrer Keynote von zwei aktuellen Beispielen und macht dabei die ungeheure Dynamik der Entwicklungen deutlich: Erst am Vortag der Konferenz hatte der Bundesstaat Oklahoma neue Trump-kompatible Bildungsstandards festgelegt. Darin wird die Auseinandersetzung mit dem Tod des Schwarzen US-Bürgers George Floyd bei einer Polizeikontrolle und mit der darauffolgenden »Black Lives Matter«-Bewegung aus den Lehrplänen der High Schools gestrichen. Ausdrücklich gelehrt werden soll hingegen, dass Donald Trump die Präsidentschaftswahl 2020 durch Wahlbetrug verloren hätte. Beobachter:innen sehen in dem ideologischen Eingriff vor allem das Buhlen lokaler Republikaner um die Gunst des Präsidenten.²

Das zweite Beispiel: Im US-Bundesstaat Utah soll ein Gesetzentwurf Tarifverhandlungen im öffentlichen Sektor verbieten und damit die gewerkschaftliche Repräsentation von »systemrelevanten« Beschäftigten wie Lehrer:innen, Feuerwehrleuten, Pflegepersonal oder Polizist:innen brechen. Allerdings gelang den Gewerkschaften im konservativen und marktliberalen Mormonenstaat erfolgreiche Gegenwehr: Mit einer breit geteilten Petition erzwangen sie

¹ Die NEA ist mit knapp drei Millionen Mitgliedern die größte US-Gewerkschaft.

² Katy Tur: New curriculum in Oklahoma schools teaches conspiracy theories about 2020 election, 7. Mai 2025, MSNBC; Maya Yang: Oklahoma high schools to teach 2020 election conspiracy theories as fact, 18. Mai 2025, The Guardian.

ein Referendum über das Gesetz, dessen Inkrafttreten daraufhin bis zur Abstimmung im November 2026 ausgesetzt wurde. Auch diese Entscheidung war erst am Vortag der Konferenz gefallen.³

Einen unerwarteten Organisierungserfolg schilderte Chris Dols in seinem Workshop über das gewerkschaftsübergreifende Basisnetzwerk »Federal Unionists Network« (FUN), das den Widerstand gegen die Angriffe der Trump-Regierung auf die Rechte der Bundesbediensteten anführt (siehe *express* 5/2025, S. 10). Das Netzwerk hatte sich bereits 2021 gegründet, um gegen arbeitnehmerfeindliche Politiken der Biden-Regierung im öffentlichen Dienst aktiv zu werden. Durch die konsequente Interessenvertretung, die sich auch gegen demokratische Politiker:innen richtete, habe sich das Netzwerk Glaubwürdigkeit erarbeitet und könne nun auch konservative und republikanische Kolleg:innen gegen Entlassungen, Rechtsbrüche und die Privatisierung öffentlicher Dienstleitungen durch das berüchtigte »Department of Government Efficiency« (DOGE) mobilisieren.

Laut Dols konnte FUN ein Führungsvakuum füllen, das durch die Strategielosigkeit der Gewerkschaftsspitzen entstanden sei. Seit das Netzwerk im Februar zum Widerstand gegen die Verletzung von Arbeitnehmerrechten im öffentlichen Sektor aufrief, wurde es bereits von 16.000 Bundesbediensteten kontaktiert, die zuvor als lethargisch und schwer organisierbar galten. Angesichts der Fragmentierung des Sektors in verschiedene Einzelgewerkschaften baut FUN gewerkschaftsübergreifende Basisstrukturen auf. Als Teil einer Organizing-Offensive im Sommer sollen zum Beispiel die Ladenflächen, die es häufig im Erdgeschoss von Bürogebäuden gibt, in denen Verwaltungen sitzen, in sichtbare und zugängliche Anlaufstellen (organizing hubs) umfunktioniert werden. Ein eigenes Institut soll die Arbeit des Netzwerks begleiten und eine Vision für eine reformierte öffentliche Daseinsvorsorge und Verwaltung entwickeln – alles finanziert durch Spenden von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen.

Bei verschiedenen Panels betonten Vortragende wie Diskutant:innen, dass die gegenwärtigen Angriffe der Trump Regierung nur Testläufe für den weitergehenden Staatsumbau seien. Durch die Delegitimierung und Lähmung des öffentlichen Sektors bereite die Trump-Regierung die umfassende Privatisierung lukrativer Teile der Daseinsvorsorge wie Rentenversicherung, Gesundheitsversorgung oder Veteranenhilfe vor – eine Politik ganz im Sinne der regierenden und regierungsnahen Milliardäre. Für die Gewerkschaften – auch hier herrschte große Einigkeit unter den Konferenzteilnehmer:innen – stellen diese Kämpfe wichtige Gelegenheiten dar, Solidarität zu organisieren und zu erproben, wie die »politischen Kosten« für die Angriffe der Trump-Regierung in die Höhe getrieben werden können.

Organizing und Bündnispolitik als strategische Perspektiven

Mit Formaten wie *community assemblies* und offenen Kleingruppen legte die Konferenz viel Wert auf den Austausch der Teilnehmer:innen über strategische Perspektiven. Die Marschrouten lautete dabei einhellig »praktischer Klassenkampf«; insbesondere vertieftes Organizing und klassenpolitische Bündnispolitik (*alignment strategies*) sollen Gegenmacht zum politischen Projekt des Trumpismus aufbauen.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang der »Plan 2028«: Ein Bündnis rund um die »United Auto Workers« (UAW) und die »Chicago Teachers Union« hat dazu aufgerufen, die Laufzeiten von Tarifverträgen so zu synchronisieren, dass diese zum 1. Mai 2028 zeitgleich auslaufen und im ganzen Land koordinierte Streikaktionen möglich sind. Der »legale Generalstreik« baut auf Erfahrungen der UAW im Kampf gegen die »großen Drei«, die größten Automobilhersteller in den USA, von 2023 auf.⁴ In der heißen Phase des nächsten Präsidentschaftswahlkampfs soll er mit Forderungen nach höheren Renten und besserer Gesundheitsversorgung zur Mobilisierung gegen den Trumpismus beitragen.

³ Ben Winslow: Law banning public employee unions from collective bargaining blocked by Lt. Gov., 7. Mai 2025, Fox 13; United Stellworkers: Rapid Response Feedback Report. Utah Governor Signs Bill Banning Public Sector Unions, 21. Februar 2025.

⁴ Siehe *express* 5/2025; siehe auch Sarah Lazare: The Call Is Out for Mass, Simultaneous Strikes in 4 Years, 14. Oktober 2024, *The Nation*.

Bereits am 1. Mai dieses Jahres mobilisierte das Bündnis »Mayday Strong«, das aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken Kleinparteien besteht, in über 1.000 US-Städten erfolgreich zu Straßenprotesten. Die Kampagne »Workers over Billionaires« hat sich zum Ziel gesetzt, über den Sommer zehn Millionen Arbeiter:innen im gewerkschaftsfeindlichen Süden der USA zu kontaktieren und eine signifikante Anzahl in der Anti-Austeritäts-Kampagne zu organisieren.

Die Hoffnung auf den praktischen Klassenkampf speist sich aus jüngsten Beispielen erfolgreicher Gegenwehr und Mobilisierung. Zumindest auf der Konferenz war dieser Hoffnung ein nicht unbeträchtlicher Zweckoptimismus beigemischt. Für viele Teilnehmer:innen war sie vor allem ein Ort gegenseitiger Bestärkung. So avancierte »Hope« neben »Strategy« zu einem zentralen Bezugspunkt der Diskussionen, in denen man die eigene Stärke beschwor und an eine grundlegende, zwischenmenschliche Solidarität appellierte. Viel Applaus erntete das Fazit einer Aktiven, die Gewerkschaftsarbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen mit »Church Work« verglich, bei der es um zwei Dinge gehe: »Finding faith and saving souls!« (Den Glauben finden und Seelen retten).

Politische Polarisierung in den eigenen Reihen

Der nachvollziehbare Fokus auf den *common ground* des praktischen Klassenkampfes ließ die Auseinandersetzung mit der Rechtsentwicklung in der US-Arbeiterschaft und den US-Gewerkschaften in den Hintergrund treten. Dabei sind gerade hinsichtlich des Trumpismus in den eigenen Reihen viele Fragen offen: Wie fest ist die Bindung verschiedener Klassensegmente an den Trumpismus? Was bedeutet die Integration zunehmend diverser Bevölkerungsgruppen in das autoritäre Projekt für den Aufbau der viel beschworenen *multi-racial working class power*?

Auch die Frage der politischen Interessensvertretung kam auf der Konferenz zu kurz. Hier zeigt sich der Dachverband der US-Gewerkschaften, die AFL-CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations), bisher wenig handlungsfähig. Eine Reihe von Mitgliedsgewerkschaften, insbesondere aus dem privaten Sektor, scheinen die Amtszeit Trumps eher still aussitzen zu wollen. Deshalb hat sich parallel zum Dachverband eine »Koalition der Willigen« zusammengefunden, die als »Labor for Democracy Network« konzertiert auf die Politik der Trump Regierung antworten möchte – vertreten sind u.a. die Gewerkschaften UAW (Automobil), SEIU (Dienstleistungen), Unite Here (Gastronomie) und CWA (Kommunikation).

Allerdings fällt es dem Netzwerk schwer, sich auf eine inhaltliche Ausrichtung zwischen liberalem »Rechtsstaat verteidigen!« und linkspopulistischem »Gegen die Milliardäre!« zu einigen. Der unangenehmen Frage, welches Verhältnis die Gewerkschaften zukünftig zur Demokratischen Partei einnehmen wollen, war kein eigener Programmpunkt eingeräumt worden. In den Diskussionen kam sie jedoch wiederholt zur Sprache. Teilnehmer:innen kritisierten ihre Gewerkschaften dafür, sich in Wahlkämpfen immer wieder auf die Logik des kleineren Übels einzulassen und den notwendigen Bruch mit den Demokraten zu scheuen, der ihnen eine glaubwürdigere Politik für die Interessen von Arbeiter:innen erlauben würde.

Diese inhaltlichen Leerstellen der Konferenz können als Ausdruck einer pragmatischen Entpolitisierung von Gewerkschaftsarbeit verstanden werden, die einige Teilnehmer:innen durchaus kritisierten. Die Gewerkschaften hätten sich lange gescheut, eine offene gesellschaftspolitische Debatte zu etablieren, was sie sowohl bei der politischen Vertretung als auch der Aktivierung der Mitglieder lähme.

Mehr politische Debatte – auch diesseits des Atlantiks!

Die pointierten Beiträge von Wissenschaftler:innen unterschiedlicher Disziplinen und Herkunft zeigten, dass auch die Wissenschaft einen Beitrag zu diesen Debatten liefern kann, wenn sie die richtigen Fragen stellt. Besonders hervorzuheben sind die umfassenden, vergleichenden Analysen zur politischen Sozialisation und zu politischen Spannungen in den US-Gewerkschaften, erarbeitet von einem Forschungsteam der Universitäten Columbia und Berkeley. Ebenso aufschlussreich waren historische Studien über die wiederkehrende Rechtsent-

wicklung unter US-Stahlarbeiter:innen in Zeiten der Deindustrialisierung. Internationale Fallstudien, etwa aus Hong Kong, Südkorea oder Belarus, zeigten zudem, wie komplex das Verhältnis von Gewerkschaften und Demokratie bzw. Demokratisierungsprozessen ist. Sie lieferten wertvolle Impulse, um systematischer über Widersprüche und Ambivalenzen in diesem Verhältnis nachzudenken.⁵

Gerade angesichts der zugespitzten Lage in den USA wurde auf der Konferenz deutlich, wie wichtig der Raum für offene Debatten ist. Dem Besucher aus Deutschland drängte sich unweigerlich der Gedanke auf, dass die Debatten diesseits des Atlantiks auch im Hinblick auf mögliche kommende schwarz-blaue Regierungen im Bund oder den Ländern geführt werden sollten. Der zweitägige Einblick in die US-Dystopie erinnert diesbezüglich an Grundlegendes: Das autoritäre Projekt intensiviert den Klassenkampf von oben, das verschärft das alltägliche Hauen und Stechen und schafft gleichzeitig Anlässe für Solidarierungen. Teile der Lohnabhängigen werden auf Kosten anderer politisch integriert. Aber auf diese Angriffe kann man sich vorbereiten. Mit praktischem Klassenkampf und politischer Debatte.

** Andre Schmidt ist Soziologe und forscht an der Uni Leipzig zu Arbeitswelt und Demokratie.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., NiddasträÙe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany v.a. das Dossier: [Die US-Wahl 2024 und Trump 2.0 stellen die Gewerkschaften \(auch intern\) vor größere Probleme als zuvor](#)

⁵ Aufzeichnungen mancher Panels finden sich hier: <http://slu.cuny.edu/public-engagement/conferences/labor-and-the-crisis-of-democracy-working-class-politics-in-an-age-of-authoritarianism/>